

Die Linke Sachsen

2. Tagung des 17. Landesparteitages

13. April 2024

A. Leitanträge

A.1. Landtagswahlprogramm der Linken Sachsen zur Landtagswahl 2024

ÄA.1.25. Änderungsantrag: Sachsenforst

Einreicher*innen: Jonas Schädlich

Unterstützer*innen: Margot Gaitzsch

Der Landesparteitag der Linken Sachsen möge beschließen:

Änderung in den Zeilen 799-800:

ersetze:

Diese Jahrhundertaufgabe sprengt kleinteilige Eigentumsstrukturen. Deshalb ist die Zusammenarbeit in Forstbetriebsgemeinschaften zu fördern.

durch:

Um diese Ziele qualitativ und quantitativ besser erreichen zu können, fordern wir die Wiedereingliederung des Staatsbetriebes Sachsenforst in die Landesverwaltung als Regiebetrieb. Die derzeitige Struktur als Staatsbetrieb hat zu Personalabbau und Outsourcing geführt. Die Arbeitsbedingungen für Beschäftigte im Forst verschlechterten sich dadurch zusehends. Wir fordern daher eine Aufstockung des Personals, gerade der Forstwirt:innen, und die Schaffung eigener Maschinenparks. Durch die kleinteiligen Eigentumsstrukturen steht auch der Privatwald vor immensen Herausforderungen. Deshalb ist eine Zusammenarbeit in Forstbetriebsgemeinschaften zu fördern.

Begründung:

Die Ausgliederung der sächsischen Forstverwaltung und die Schaffung des Staatsbetriebs 2006 haben in den Folgejahren zu einem massiven Abbau des öffentlichen Sektors geführt. Die Reviere wurden deutlich Vergrößert, Waldarbeiter:innen entlassen und Holzernte und Verjüngungsvorhaben fast vollständig an private Forstunternehmen outgesourct. Heute gibt es pro Revier maximal eine Rotte (3 Forstwirt:innen), die Waldarbeiter:innen sind stark überaltert und die Qualität von Pflanzungen und der Holzernte ist mangelhaft. Nicht zuletzt während der Borkenkäferkalamitäten der letzten Jahre konnte man die Auswirkungen der fehlenden Struktur und des Personalmangels deutlich erkennen. Sie war an vielen Waldbildern quasi ablesbar. Durch eine Eingliederung in den Landeshaushalt könnte dem derzeitigen Staatsbetrieb der privatwirtschaftliche Druck von den Schultern genommen und eine bessere Ausstattung mit Personal und Technik gewährleistet werden.

Entscheidung des Landesparteitages: